



Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform

65. Sitzung (öffentlich)

21. Januar 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:00 Uhr bis 14:00 Uhr

Vorsitz: Edgar Moron (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|---|----------|
| 1 | Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Lippische Landes-Brandversicherungsanstalt (Lippisches Landes-Brand-Änderungsgesetz – LLBÄndG) | 5 |
| | Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7796 | |
| | Stellungnahmen 14/2242, 14/2246 und 14/2247 | |
| | Zuschrift 14/2275 | |
| | – Hinzuziehung von Sachverständigen | |
| | – Direktor Harry K. Voigtsberger (LVR) | 5 |
| | – Direktor Dr. Wolfgang Kirsch (LWL) | 7 |
| | – Vorsteher Dr. Andreas Kasper (Landesverband Lippe) | 9 |

2 Leben im Alter im Wohnquartier sichern: Kurswechsel in der Altenpolitik erforderlich – Quartiersbezogene Wohn- und Pflegeangebote statt Ausbau von stationären Großeinrichtungen 11

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6695

Ausschussprotokoll 14/781

Der Ausschuss kommt angesichts der begrenzten Sitzungszeit überein, keine Debatte zu führen und kein Votum an den federführenden Ausschuss für Generationen, Familie und Integration abzugeben.

3 Gesetz über die Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2009 12

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/7002 und 14/7900 (1. Ergänzung)

Ausschussprotokoll 14/803

Der Ausschuss gibt nach der Anhörung zur 1. Ergänzung ein aktualisiertes Meinungsbild zu dem bereits an den federführenden HFA ergangenen Votum ab.

4 Bundeskonjunkturprogramm für kommunale Investitionen: Gesamtumfang und Fördermodalitäten für die Kommunen in NRW sowie haushaltswirtschaftliche und kommunalaufsichtliche Regelungen für die Teilnahme von Kommunen mit Nothaushalt und HSK 13

Auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

– Bericht der Landesregierung

– Bericht durch MDgt Johannes Winkel (IM) 13

– Diskussion 15

5 Gesetz zur Änderung verfahrens-, zustellungs- und gebührenrechtlicher Regelungen zur Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie in das Landesrecht von Nordrhein-Westfalen und weiterer Anpassungen 20

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/8025

Ohne weitere Aussprache kommt der Ausschuss überein, am 25. März zu oben genanntem Thema eine Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen werden gebeten, über das Ausschussesekretariat die Sachverständigen zu benennen. Der mitberatende Hauptausschuss wird über die Terminierung der Anhörung informiert.

6 Eltern nicht im Regen stehen lassen – Kommunen beim Ausbau von U3-Plätzen besser unterstützen 21

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/8084

Der Ausschuss kommt überein, sich an einer seitens des federführenden AGFI geplanten Anhörung nachrichtlich zu beteiligen und deren Ergebnis abzuwarten.

7 Rechtliche Zulässigkeit einer Überschuldung einzelner Kommunen gemäß § 75 Abs. 7 GO NRW nach Umstellung auf NKF 22

Vorlage 14/2052

Ausschussprotokoll 14/763

Nach erfolgtem Bericht durch die Landesregierung und der Auswertung des Sachverständigengesprächs betrachtet der Ausschuss den Punkt als erledigt.

Nächste Beratung: 4. März 2009

22

5 Gesetz zur Änderung verfahrens-, zustellungs- und gebührenrechtlicher Regelungen zur Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie in das Landesrecht von Nordrhein-Westfalen und weiterer Anpassungen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/8025

Vorsitzender Edgar Moron leitet ein, der Gesetzentwurf sei am 17. Dezember 2008 vom Plenum an den AKV – federführend – überwiesen worden. Die Mitberatung liege beim Hauptausschuss. Heute gehe es um die Aufstellung eines Beratungsfahrplans zum Gesetzentwurf.

Ohne weitere Aussprache kommt der Ausschuss überein, am 25. März zu oben genanntem Thema eine Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen werden gebeten, über das Ausschusssekretariat die Sachverständigen zu benennen. Der mitberatende Hauptausschuss wird über die Terminierung der Anhörung informiert.

